



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressemitteilung

Dr. Pantazis zu den Äußerungen von Bundesgesundheitsministerin Warken zu versicherungsfremden Leistungen:

„Wer ernsthaft entlasten will, muss Finanzierung neu ordnen — nicht politische Verantwortung hin- und herschieben“

Berlin, 09.02.2026

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

„Es ist richtig und überfällig, dass versicherungsfremde Leistungen – dazu gehört selbstverständlich auch die Gesundheitsversorgung von Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfängern – aus Steuermitteln und nicht aus Beiträgen finanziert werden. Dafür steht die SPD seit Jahren. Das ist eine Frage der Systemlogik und der Fairness gegenüber Beitragszahlern.“

Aber was hier gerade passiert, ist kein Beitrag zur Lösung, sondern der Einstieg in ein politisches Schwarzer-Peter-Spiel.

Nina Warken hat selbst in ihrer Protokollerklärung zum sogenannten Sparpaket im Vermittlungsausschuss am 19. Dezember ausdrücklich festgehalten, dass keine zusätzlichen Steuermittel zur Konsolidierung im Gesundheitsbereich vorgesehen sind. Wer das protokolliert ausschließt, kann wenige Wochen später nicht so tun, als läge die Verantwortung nun plötzlich allein beim Finanzministerium. Das ist politisch zu kurz gesprungen und ökonomisch unseriös.

Die gesetzliche Krankenversicherung leidet nicht an einem Mangel an Schuldzuweisungen, sondern an strukturellen Finanzierungsproblemen. Dazu zählt insbesondere der hohe Anteil beitragsfinanzierter gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, eine zu schmale Einnahmehbasis sowie die überproportionale Belastung von Arbeitseinkommen.

Genau das wollen wir ändern. Wir stabilisieren das System nachhaltig, indem wir Finanzierung breiter aufstellen und versicherungsfremde Leistungen sauber steuerfinanzieren. Was wir nicht tun, ist, durch öffentliche Schuldzuweisungen neue Konfliktlinien in der Koalition aufzureißen.

Gesundheitspolitik ist kein Schlagabtauschfeld. Sie ist eine Stabilitätsfrage für 75 Millionen Versicherte. Wer ernsthaft entlasten will, muss Finanzierung neu ordnen — nicht politische Verantwortung hin- und herschieben.“